

Chef vom Dienst:
42 800/2971. (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Mittwoch, 30. März 1988

Blatt 585

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Mayr: Betriebswirtschaft vom öffentlichen Interesse trennen (586)

Straßenverwaltung und Straßenbau im Jahr 1987 (587)

Mietergärten: Ja, aber freiwillig (588)

Hatzl: Strenge Auflagen für MVA Spittelau (589)

Wiener ÖVP fordert mehr Rechte für die Opposition (590)

Mayr: Betriebswirtschaft vom öffentlichen Interesse trennen

Wien, 30.4. (RK-KOMMUNAL) Eine strikte Trennung bei gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zwischen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und jenen Leistungen, die im Interesse der Allgemeinheit erbracht werden, forderte Dienstag Wiens Finanzstadtrat und Vizebürgermeister, Hans MAYR, bei einer vom Österreichischen Städtebund und von der Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Gemeinwirtschaft durchgeführten Vortragsveranstaltung im Wiener Rathaus.

Mayr definierte eingangs ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen als eines, dessen Eigentümer bereit sei, nicht nur betriebswirtschaftliche Ziele zu verfolgen, sondern im Interesse der Allgemeinheit auch Verluste in Kauf zu nehmen. Zwischen diesen beiden Bereichen sollte allerdings eine strikte Trennung erfolgen. Seine Vorstellung sei, so Mayr, daß zunächst eine Kalkulation rein betriebswirtschaftlicher Aufgaben erfolgen sollte, die sich selbst finanzieren müssen. Erst danach müsse der Eigentümer die darüber hinaus gehenden Ziele und Aufgaben festlegen, die durch ihn zu finanzieren wären. So könnten vor diesen Zuschüssen Gewinne und Verluste gemacht werden, was einen zusätzlichen Leistungsanreiz bedeutete und helfen würde, die Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen. Beim Theater an der Wien könnte man die Deckung durch den Betrieb mit rund 60 Prozent festlegen, etwa zwei Drittel dieser Summe müßte die Stadt Wien im Interesse des Fremdenverkehrs, der Ausbildung junger Menschen und der Arbeitsplatzbeschaffung zuschießen.

Als Beispiele für jene Bereiche, die durch gemeinwirtschaftliche Betriebe abgedeckt werden sollten, bezeichnete Mayr den öffentlichen Verkehr, Kultur und Freizeit sowie die Wirtschaftspolitik. Gerade bei der Wirtschaftspolitik sind durch den städtischen Wirtschaftsförderungsfonds im Hinblick auf Betriebsansiedlungen gewaltige Projekte verwirklicht worden, die ohne Hilfeleistung der öffentlichen Hand keine Chance gehabt hätten. Das geht vom Angebot an Grundstücken über die Koordinierung der Magistratsstellen bis zur Schaffung der finanziellen Voraussetzungen, wie Mayr am Beispiel von Pharmafirmen, die an der Genforschung arbeiten, betonte.

Gerade im Bereich der Wirtschaftspolitik konnte erreicht werden, daß Wien statt über Industrieruinen über eine rege Betriebstätigkeit verfügt, schloß Mayr. (Schluß) roh/rr

Straßenverwaltung und Straßenbau im Jahr 1987

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Der seit kurzem vorliegende, umfangreiche Verwaltungsbericht der Magistratsabteilung 28 — Straßenverwaltung und Straßenbau — für das Jahr 1987 gibt einen umfassenden Überblick über die zahlreichen Aufgaben und Tätigkeiten dieser Magistratsabteilung, die für die Verwaltung und Erhaltung eines öffentlichen Straßennetzes von immerhin 2.746 Kilometern Länge (das entspricht etwa der Entfernung Wien — Neapel und zurück) zuständig ist. In dieser Zahl sind im einzelnen enthalten: 2.498 Kilometer Gemeindestraßen, 214 Kilometer Bundesstraßen B und 34 Kilometer Bundesstraßen A (Autobahnen).

Für die Neuherstellung beziehungsweise Instandsetzung von Versorgungsleitungen und Kanälen wurden **rund 12.600 Aufgrabungsbewilligungen von der Magistratsabteilung 28 an öffentliche Dienststellen und an private Bauwerber** erteilt. In 96 Fällen wurden in verkehrsreichen Straßen anstelle von Aufgrabungen Bohrungen (50) und Minierungen (46) durchgeführt.

Allein für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen fuhren vier Dienst-Pkw im Jahr 1987 mit insgesamt 47.000 Kilometer wesentlich weiter als einmal um den Äquator. Diese Kontrollfahrten werden nicht zuletzt im Interesse der Öffentlichkeit durchgeführt, um eine möglichst klaglose und arbeitsintensive Abwicklung der Aufgrabungen zu ermöglichen.

Der Tätigkeitsbericht der Magistratsabteilung 28 umfaßt ein breites Spektrum von Maßnahmen, darunter vor allem:

- Herstellungsarbeiten an Hauptverkehrsstraßen und sonstigen verkehrsreichen Straßen von größerer Bedeutung: Vor allem Belagsarbeiten, Errichtungen von Verkehrsinseln sowie diverse Umbauten für Verkehrssicherheitsmaßnahmen
- Herstellung von „Sammel- und Anliegerstraßen“
- Anlegen von Siedlungsstraßen und die dazu notwendigen Ausbau beziehungsweise Umbauarbeiten.
- Neuherstellung von Radwegen beziehungsweise die Ausgestaltung von vorhandenen Straßenflächen zu Radfahrmöglichkeiten (Umbauarbeiten an Gehsteigen und Abstellflächen, Randsteinabsenkungen und -neulungen, Herstellung von Asphalttrampen und anderes mehr).

Weitere Tätigkeitsschwerpunkte bildeten:

- Ausbauprogramm zur Herstellung von Fußgeherzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen.
- Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten durch zahlreiche bauliche Maßnahmen an Gehsteigen und Fahrbahnen.
- Arbeiten im Zuge des Behindertenprogrammes wurden im gesamten Wiener Raum fortgesetzt. So wurden in erster Linie „behindertengerechte“ Gehsteigabsenkungen bei verkehrsreichen, stark von Fußgängern frequentierten Kreuzungsbereichen und Übergängen ausgeführt.
- Im Zusammenhang mit der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden in vier Industriegebieten (im 10., 21. und 23. Gemeindebezirk) Straßenneubauten errichtet.
- Auch der **U-Bahn-Bau** erforderte im Jahr 1987 eine Reihe von straßenbaulichen Maßnahmen vorwiegend in den Bezirken 1, 3, 6, 7, 12 und 15, da rechtzeitig vor Baubeginn leistungsfähige Umleitungsstrecken für den Individualverkehr, bauliche Vorarbeiten für den eigentlichen U-Bahn-Bau sowie wichtige Verkehrsleiteneinrichtungen errichtet werden mußten. Auch wurden nach bereits abgeschlossenen Arbeiten für die U-Bahn großflächige Wiederinstandsetzungs- beziehungsweise Wiederherstellungsarbeiten begonnen.

Verkehrstadtrat Johann HATZL bezifferte die gesamten Aufwendungen für diese Maßnahmen im Jahr 1987 bei Bundesstraßen und Gemeindestraßen mit annähernd 1,1 Milliarden Schilling. (Schluß) pz/bs

Mietergärten: Ja, aber freiwillig

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Die städtische Wohnhäuserverwaltung steht Mietergärten grundsätzlich positiv gegenüber. Die Stadt wird entsprechende Planungs-, Parzellierungs- oder Anschließungsarbeiten aber nur dort in Angriff nehmen, wo sich die Mieter mehrheitlich dafür entscheiden. Zwangsbeglückungen werde es nicht geben, erklärte Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER zu einem entsprechenden Vorschlag von FPÖ-Gemeinderat Walter PRINZ.

Edlinger stellte außerdem fest, daß Mieter von städtischen Wohnhausanlagen bereits jetzt ihre Grünanlagen selbst pflegen und betreuen können, wenn sie dies wünschen. Überdies werde die Kleingartenaktion 2000 ihr ursprünglich gesetztes Ziel übertreffen und bis 1990 etwa 3000 neue Kleingärten in Wien geschaffen haben. (Schluß) ah/gg

Hatzl: Strenge Auflagen für MVA Spittelau

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Energiestadtrat Johann HATZL merkte Mittwoch zum gewerbebehördlichen Verfahren um den Wiederaufbau der Müllverbrennungsanlage Spittelau an, daß dieses Verfahren, wie sich jetzt erkennen läßt, Auflagen bringen wird, die weit über die bisher bestehenden hinausgingen. So hat die MA 22 (Umweltschutz) wesentlich strengere Emissionsgrenzwerte als die derzeit in der 2. Durchführungsverordnung zum Dampfkesselmissionsgesetz vorgeschriebenen festgelegt. Auch die Feuerwehr hat stark erweiterte Auflagen erstellt, die das Öllager, den Müllbunker, den Ammoniakbehälter und die Denoxanlage betreffen.

Im Gutachten der MA 15, Gesundheitsamt, heißt es, daß die Immissionskonzentrationen nach dem Einbau der Rauchgasreinigungsanlage so weit unter den Grenzkonzentrationen liegen, daß eine Gesundheitsgefährdung oder unzumutbare Belästigungen nicht gegeben sind. Bei bestimmten meteorologischen Situationen (tiefe Temperaturen, Inversionswetterlage) müssen Auflagen der MA 15 eingeholt werden.

„Wenn nach einem so eingehenden und strengen Verfahren der Müllverbrennungsanlage Spittelau die gewerbebehördliche Genehmigung erteilt werden sollte, kann man mit ruhigem Gewissen davon ausgehen, daß sie tatsächlich keinerlei Gefährdung für unsere Umwelt darstellt“, schloß Hatzl. (Schluß) roh/bs

Wiener ÖVP fordert mehr Rechte für die Opposition

Wien, 30.3. (RK-KOMMUNAL) Mehr parlamentarische Rechte für die Opposition forderte Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. Manfred WELAN (ÖVP) am Mittwoch in einem Pressegespräch. Das Übergewicht der Regierungsmehrheit gegenüber der Opposition hinsichtlich Information, Personal, Ressourcen, Expertisen und Publizität sei so groß wie nie zuvor, bedauerte der ÖVP-Politiker. Die Opposition sei in den allerseltensten Fällen in der Lage, wirklich zu kontrollieren. Sie kann gerade noch punktuell Übelstände feststellen, wenn sie offenkundig geworden seien.

Im einzelnen trat Prof. Welan für folgende Verbesserungen der Kontroll- und Oppositionsrechte ein:

- Möglichkeit der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen auf Antrag einer qualifizierten Minderheit;
- Durchsetzung von Kontrollamtsprüfungen auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Kontrollausschusses;
- Einführung einer „aktuellen Stunde“ im Gemeinderat und Landtag;
- Mitgliedern der Vertretungskörper solle ein allgemeines und umfassendes Akteneinsichts- sowie Auskunftsrecht sowie ein Besuchsrecht in Bezug auf alle städtischen Einrichtungen eingeräumt werden.

Abschließend meinte Prof. Welan, daß durch eine Stärkung der Kontrollrechte die Sitzungen von Gemeinderat und Landtag aufgewertet würden. (Schluß) fk/bs